

# RNZ 29.5.26 Zu links fürs Lehramt

*Berufsverbot für 29-jährige Lisa Poettinger – Sie ist gegen den Kapitalismus, aber für Demokratie*

Von Jonas Labrenz

Eine Woche vor dem Start ihres Referendariats bekam Lisa Poettinger einen Brief vom Kultusministerium Bayern – per Bote zugestellt. Auf 105 Seiten legen die Beamten dar, warum die damals 28-Jährige ihre Lehramtsausbildung nicht abschließen darf. Es ist nicht so, dass die Liste der Vorwürfe extrem lang wäre, „das Ministerium schätzt das Stilmittel der Wiederholung sehr“, sagte Poettinger am Mittwochabend bei ihrem Vortrag im WeltHaus, zu dem unter anderem die Antifaschistische Initiative Heidelberg und die Initiativegruppe gegen Radikalenerlass und Berufsverbote eingeladen hatten. Gut 70 Personen waren gekommen, um von ihr mehr über ihr Berufsverbot zu erfahren.

Die Entscheidung des Ministeriums kam für Poettinger allerdings nicht überraschend. Seit knapp zehn Jahren engagiert sie sich für den Klimaschutz, war 2021 Sprecherin von „Extinction Rebellion“ und des Bündnisses „#NoIAA“, jeweils in München. „Und auf einmal stand der Staatsschutz vor meiner Tür“, erinnerte sich Poettinger bei ihrem Vortrag. Sie erhielt eine Gefährderansprache, außerdem hätten sie auch Zivilpolizisten mehrfach angespro-

chen, wie es denn mit ihrem Lehramtsstudium laufe. Poettinger entschied sich, parallel eine Ausbildung als Kinderpflegerin zu machen, fand in Soli-Kreisen Unterstützer. Mit ihnen schrieb sie auch eine Stellungnahme, als das Ministerium sie Ende 2024 informierte, sie nicht zulassen zu wollen, und eine solche forderte. „Mich hat das Berufsverbot nicht umgehauen“, so Poettinger.

Das Kultusministerium argumentiert in dem Brief etwa, Poettingers Gebrauch des Wortes „Profitmaximierung“ stamme aus dem Kommunismus und werte das „Gewinnstreben“ im Kapitalismus ab. Ihre Aufforderung zum „Klassenkampf“ sei außerdem gleichzusetzen mit der Abschaffung des Kapitalismus, „womit die Abschaffung der Demokratie verbunden ist“, so das Ministerium. Die eingblendeten Textzeilen machen das Publikum fassungslos. Das Ministerium wirft Poettinger weiterhin vor, Mitglied der seit 2021 und 2023 vom bayerischen Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestuften Gruppierungen „Smash IAA“ und „Offenes Antikapitalistisches Klimatreffen München“ zu sein. Poettinger argumentierte in ihrer Stellungnahme, das „Klimatreffen“ sei zwar marxistisch orientiert, aber für al-

le offen. Das Ministerium bescheinigte ihr deshalb, nicht über die für den Lehramtsberuf nötige Selbstreflexion zu verfügen.

Außerdem waren damals zwei Gerichtsverfahren gegen Poettinger anhängig. Sie hatte drei AfD-Plakate abgerissen und ist dafür mittlerweile zu einer Geldstrafe in Höhe von 20 Tagessätzen verurteilt worden – bis einschließlich 90 Tagessätze gilt man in Deutschland nicht als vorbestraft. In dem zweiten Verfahren wird Poettinger Angriff und Widerstand gegen Polizeibeamte bei einer Demo vorgeworfen. Hier gab es bereits einen Strafbefehl mit einer Geldstrafe, Poettinger will mit Verweis auf das laufende Verfahren aber nicht über das Strafmaß sprechen, sie hat Rechtsmittel eingelegt.

Poettinger vermutet, dass an ihr und ihren Mitstreitern ein Exempel statuiert werden soll. „Man muss das in einem größeren Zusammenhang sehen“, erklärte die heute 29-Jährige. Um die Demokratie und die Freiheitsrechte stehe es in Deutschland zunehmend schlechter – so sieht es auch der aktuelle Bericht von Amnesty International –, der Verfassungsschutz bekomme immer weitreichendere Rechte. Die Aktivistin führt das auf eine Krise des Kapitalismus zurück. Vertreibung, die Klimakrise, Inflation und Sozialabbau seien



Im neuen Welthaus am Römerkreis spricht Klimaaktivistin Lisa Poettinger darüber, warum der Freistaat Bayern sie nicht als Lehrerin arbeiten lässt. Foto: Philipp Rothe

die Folgen, doch der Staat liefere „keine echten, sondern autoritäre Lösungen“. Ein weiterer Punkt seien die Kriege – und da würden Andersdenkende wie sie nicht passen: „Wer in den Krieg ziehen will, braucht Burgfrieden“, so Poettinger.

Die 29-Jährige geht gegen ihr Berufsverbot juristisch vor. Eine solche Auseinandersetzung kann mehrere Jahre dauern, wie der Fall des Heidelberger Lehrers Michael Csaszkóczy zeigt, der letztlich vor

Gericht siegte. Andere verloren oder gaben sich geschlagen, denn die Geschichte der Berufsverbote für linke Lehrer ist lang: In Heidelberg waren zu Zeiten des Radikalerlasses Dutzende Studenten abgelehnt worden, Martin Hornung war betroffen und wurde danach „Metaller“. „Wir haben schon lange gewarnt, dass es wieder kommen kann“, so der 79-Jährige über die Berufsverbote. „Die Zahl ist heuteschon zweistellig – und es fängt gerade erst an.“